

# Wiederentwaffnung jetzt!

## 50 Jahre Bundeswehr sind 50 Jahre zuviel!

Seit Juni 2005 überzieht die Bundeswehr die ganze Republik mit Zapfenstreichen und Waffenshows sowie öffentlichen Gelöbnissen, mit ihren Schwüren auf die Verteidigung des so genannten Vaterlandes bis in den Tod. Der Militarismus wird von offizieller Seite hochgejubelt und soll in die Gesellschaft getragen werden. Höhepunkt dieser Inszenierungen soll ein Großer Zapfenstreich am 26. Oktober 2005 vor dem Berliner Reichstagsgebäude werden. Dort aber muss sich die so genannte »Armee des Parlaments« unter Ausschluss der Öffentlichkeit und extremen Sicherheitsvorkehrungen feiern, weil sie weiß, dass der größte Teil der Bevölkerung nicht an ihre Lügen von der »Verteidigung der Freiheit am Hindukusch« glaubt.



# Wiederentwaffnung jetzt!

## 50 Jahre Bundeswehr sind 50 Jahre zuviel!



Vor 50 Jahren, am 12. November 1955, wurde die »neue Wehrmacht«, die Bundeswehr mit einer symbolischen Feier gegründet. Die beiden höchsten Generäle, die Generalleutnante Adolf Heusinger und Hans Speidel waren federführend dabei. Heusinger war in der Zeit des Faschismus Chef der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres und wichtiger Berater Hitlers gewesen. Speidel war bis 1942 an Geiselerchießungen in Paris beteiligt und an Deportationen von Juden nach Auschwitz. Die Gründung der Bundeswehr verlief somit ganz im Geiste und in der persönlichen Kontinuität zur faschistischen Wehrmacht.

Ein wesentliches Argument für den Wiederaufbau einer Armee war die angebliche Bedrohung durch die Sowjetunion. Asien stehe vor der Elbe, log und hetzte der damalige deutsche Kanzler Konrad Adenauer, ein fanatischer Antikommunist.

Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion setzte die Bundesregierung ihre militärischen und geopolitischen Interessen vorrangig im Bündnis mit der Nato, durch Waffenlieferungen und Ausbildung von Polizei und Soldaten in anderen Ländern durch. Unter der rot-grünen Regierung fand dann der 1. Angriffskrieg von bundesdeut-

schem Boden statt. Jugoslawien wurde durch separierende Anerkennungs- politik und schließlich kriegerisch zerschlagen. Im Juni 1998 stimmte der Bundestag dem Bundeswehreinsatz gegen Jugoslawien zu und am 24. März 1999 begann der Krieg. 78 Tage lang wurden Städte und mit ihnen die Menschen bombardiert. Dieser Krieg war und ist eine völkerrechtswidrige Aggression gemäß der Charta der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes. In diesem Krieg wurden auch völkerrechtlich geächtete Waffen eingesetzt. Alle Realitäten ignorierend, behauptete Bundeskanzler Schröder im Bundestag: »Wir führen keinen Krieg«. Die offizielle, von Außenminister Fischer verkündete, Kriegserklärung lautete: »Wir werden ein neues Auschwitz verhindern«. Aber nicht wegen sondern trotz Auschwitz wurde der Angriff gestartet.

Es folgte der Angriffskrieg gegen Afghanistan und die auf Jahre angelegte Besatzung des Landes. Zu einem Einsatz deutscher Soldaten im Irak sagte die Schröder-Fischer-Regierung zwar »Nein«, ermöglichte aber die britisch-amerikanischen Angriffe auf den Irak von US-Basen in Deutschland, von wo aus die Mehrheit aller Truppen und Waffen in den Irak gesendet wurden. In Krankenhäusern in Deutschland werden verletzte US-Soldaten für ihren mörderischen Auftrag wiederhergestellt.

Heute steht die Bundeswehr außer im Balkan und Afghanistan auch in Afrika. Am 28. September des Jahres hat der Bundestag mit großer Mehrheit eine weitere Verlängerung und eine Ausweitung des Mandats für die Bundeswehr in



Afghanistan beschlossen. Zukünftig sollen 3000 Soldaten »unsere deutschen Interessen« am Hindukusch verteidigen. Der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer spricht in diesem Zusammenhang von einem »Kolonialkrieg« unter deutscher Beteiligung, was es »seit den Kriegen in Afrika« nicht mehr gegeben habe.

Kolonialismus, Besatzung und Krieg sind nicht unsere Interessen und auch nicht im Interesse der Menschen in den betroffenen Ländern und Regionen.

Von Rüstung und Krieg profitieren die Konzerne mit ihren Waffenschmiedern. Ihnen und den politisch Verantwortlichen gehört das mörderische Handwerk gelegt. Für 2006 und die folgenden Jahre plant das so genannte Verteidigungsministerium, welches real ein Kriegsministerium ist, über 100 Milliarden Euro ein, um die Bundeswehr mit modernster

Technik hochzurüsten und den Ausbau zur Interventionsarmee voranzutreiben. Die massive Aufrüstung aller Staaten der Europäischen Union soll in der EU-Verfassung verpflichtend verankert werden. Die Rechnung hierfür zahlen wir. Allen sozialen gesellschaftlichen Bereichen werden die Kassen geplündert, um die gegenwärtigen und zukünftigen Kriege zu finanzieren.

Die kapitalistische Produktionslogik basiert auf Raub und Zerstörung. Waffenproduktion und Kriege sind untrennbar mit ihr verbunden.

### **Kapitalismus.Macht.Krieg Schluss mit Kriegen, Militarisierung und Sozialabbau!**

Linksradikales und  
Autonomes Bündnis



[www.gegeninformationsbuero.de](http://www.gegeninformationsbuero.de)

## **Kundgebungen am 22. Oktober 2005**

11.30 Uhr Forum Neukölln  
13.00 Uhr Hermannplatz  
14.30 Uhr Kottbusser Tor

## **Demonstration am 26. Oktober 2005**

17.00 Uhr Alexanderplatz  
Mehr Infos unter [www.zapfnix.de](http://www.zapfnix.de)